



Ausgabe 40 | Oktober 2019

LEXinform-Newsletter

Sehr geehrter Herr Koppenwallner,

heute erhalten Sie Ihren wöchentlichen LEXinform Newsletter mit aktuellen Meldungen.

Ihre LEXinform Newsletter-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS

> Steuern

Bundesfinanzhof

- > Unzulässigkeit des steuerlichen Querverbands wirkt auch bei Beteiligung einer Gebietskörperschaft an einer Mitunternehmerschaft
- > Feststellung von AfA- und AfS-Beträgen gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. g InvStG 2004
- > Anwendung von § 3 Nr. 40, § 3c Abs. 2 EStG im Feststellungsverfahren - "Netto / Bruttofeststellung" - Endgültige Einnahmelosigkeit einer Kapitalbeteiligung
- > Teilabzugsverbot für Finanzierungskosten der Beteiligung an einer späteren Organgesellschaft bei vororganschaftlicher Gewinnausschüttung
- > Abfindungsklausel und Eindeutigkeitsgebot
- > Abfindungsklausel und Eindeutigkeitsgebot
- > Anzahlung auf ein Blockheizkraftwerk

Finanzgerichte

- > Zulässigkeit einer Klage gegen einen Einkommensteuer-"Nullbescheid"
- > Begünstigte Übertragung gem. § 6 Abs. 3 EStG nur dann, wenn auch funktional wesentliches Sonderbetriebsvermögen mit übertragen wird
- > DBA Zypern: Einkünfte eines unbeschränkt Steuerpflichtigen aus nichtselbständiger Tätigkeit an Bord eines Seeschiffes
- > Betriebsbereiche "Abfallverbrennung" und "Energieerzeugung" einer Müllverbrennungsanlage als grundsätzlich eigenständige BgA
- > Keine quasi voraussetzungslose "Organschaft über die Grenze"
- > Ermessensausübung bei der Inanspruchnahme mehrerer

Geschäftsführer als Haftungsschuldner

- › Aufrechterhaltung eines Insolvenzantrags trotz vollständigen Ausgleichs der Steuerforderungen

Finanzverwaltung

- › Standardisierte Einnahmenüberschussrechnung nach § 60 Absatz 4 EStDV; Anlage EÜR 2019
- › Bekanntmachung der Vordruckmuster VermB 12 und VermB 13, der Datensatzbeschreibung für die Zuleitung durch Datenfernübertragung sowie der Verfahrensbeschreibung für die Auszahlung der Arbeitnehmer-Sparzulage
- › Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEAO)
- › Muster der Vordrucke im Umsatzsteuer-Voranmeldungs- und Vorauszahlungsverfahren für das Kalenderjahr 2020

Weitere Meldungen

- › Grenzgängerregelung bei einer 200 km entfernten Tätigkeit

› Recht

Arbeit und Soziales

- › "Mobbing" wegen ostdeutscher Herkunft
- › Fachgerichtliche Rechtsprechung zum Verständnis steuerrechtlicher Fachbegriffe in Tarifverträgen

Zivilrecht

- › Geblitzt: Messungen auch ohne gespeicherte Messdaten gerichtsverwertbar

› Wirtschaft

Branchen

- › Bleiben Sie auf dem Laufenden mit den LEXinform Branchen-RSS-Feeds

Personal

- › Vergütung nach Regionen - Eine empirische Untersuchung zum Zusammenhang von Region und Gehalt in Deutschland

Steuern

Bundesfinanzhof

Unzulässigkeit des steuerlichen Querverbands wirkt auch bei Beteiligung einer Gebietskörperschaft an einer

Mitunternehmerschaft

Bundesfinanzhof, VIII-R-43/15, Pressemitteilung vom 04.10.2019

Unterhält eine kommunale Gebietskörperschaft aufgrund einer Beteiligung an einer Personenhandelsgesellschaft (KG) mehrere Betriebe gewerblicher Art (BgA), deren Ergebnisse im Rahmen der handelsrechtlichen Gewinnermittlung der KG saldiert werden, die aber körperschaftsteuerrechtlich mangels zulässigen Querverbands nicht zusammengefasst werden dürfen, kann eine modifizierende Ermittlung des kapitalertragsteuerpflichtigen Gewinns geboten sein. Daher sind dem aus der KG entnommenen Gewinnanteil die Erträge zuzurechnen, die auf Ebene der KG mit Verlusten aus einer dauerdefizitären Sparte verrechnet wurden. Dies hat der BFH entschieden.

➤ mehr in LEXinform 0450389 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Feststellung von AfA- und AfS-Beträgen gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. g InvStG 2004

Bundesfinanzhof, VIII-R-22/16, Urteil vom 30.07.2019

1. Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. g InvStG 2004 sind die AfA- und AfS-Beträge eines Geschäftsjahres gesondert (und ggf. einheitlich) festzustellen, die bei der Ertragsermittlung auf der Ebene des Investmentsondervermögens gemäß § 3 Abs. 3 Satz 1 InvStG als Werbungskosten abgezogen wurden. Dies gilt unabhängig davon, in welcher Höhe diese Beträge mit positiven Mieterträgen des Geschäftsjahres verrechnet worden sind und in welcher Höhe sie als sog. Liquiditätsüberhang ausgeschüttet werden....

➤ mehr in LEXinform 0951012 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Anwendung von § 3 Nr. 40, § 3c Abs. 2 EStG im Feststellungsverfahren - "Netto / Bruttofeststellung" - Endgültige Einnahmelosigkeit einer Kapitalbeteiligung

Bundesfinanzhof, IV-R-47/16, Urteil vom 25.07.2019

1. Bei der gesonderten und einheitlichen Feststellung von Besteuerungsgrundlagen nach § 180 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a AO sind § 3 Nr. 40, § 3c Abs. 2 EStG anzuwenden, so dass die Einkünfte nach Anwendung dieser Vorschriften grundsätzlich "netto" festzustellen sind. Zulässig ist aber auch, die § 3 Nr. 40, § 3c Abs. 2 EStG unterliegenden laufenden Einkünfte oder Veräußerungsgewinne zusätzlich "brutto" festzustellen, soweit aus den weiteren Feststellungen für einen verständigen Empfänger erkennbar ist, dass zur Ermittlung der steuerpflichtigen Einkünfte ein weiterer Rechenschritt erforderlich ist....

➤ mehr in LEXinform 0951084 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Teilabzugsverbot für Finanzierungskosten der Beteiligung an einer späteren Organgesellschaft bei vororganschaftlicher Gewinnausschüttung

Bundesfinanzhof, IV-R-61/16, Urteil vom 25.07.2019

Hängen Schuldzinsen mit dem Erwerb von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft zusammen, mit der in einem späteren Veranlagungszeitraum ein Organschaftsverhältnis begründet wird, unterliegen die Schuldzinsen insoweit anteilig dem Teilabzugsverbot des § 3c Abs. 2 EStG, als die Kapitalgesellschaft während des Bestehens der

Organschaft Gewinne aus vororganschaftlicher Zeit ausschüttet. Der dem Teilabzugsverbot unterliegende Teil der Schuldzinsen ergibt sich aus dem Verhältnis der Gewinnausschüttung zu dem in demselben Jahr zugerechneten Organeinkommen.

➤ mehr in LEXinform 0951912 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Abfindungsklausel und Eindeutigkeitsgebot

Bundesfinanzhof, XI-R-47/17, Beschluss vom 10.07.2019

Pensionszusagen sind auch nach Einfügung des sog. Eindeutigkeitsgebots (§ 6a Abs. 1 Nr. 3 Halbsatz 2 EStG) anhand der allgemein geltenden Auslegungsregeln auszulegen, soweit ihr Inhalt nicht klar und eindeutig ist. Lässt sich eine Abfindungsklausel dahin auslegen, dass die für die Berechnung der Abfindungshöhe anzuwendende sog. Sterbetafel trotz fehlender ausdrücklicher Benennung eindeutig bestimmt ist, ist die Pensionsrückstellung steuerrechtlich anzuerkennen.

➤ mehr in LEXinform 0951664 | Körperschaftsteuer



Abfindungsklausel und Eindeutigkeitsgebot

Bundesfinanzhof, XI-R-48/17, Urteil vom 23.07.2019

Pensionszusagen sind auch nach Einfügung des sog. Eindeutigkeitsgebots (§ 6a Abs. 1 Nr. 3 Halbsatz 2 EStG) anhand der geltenden Auslegungsregeln auszulegen, soweit ihr Inhalt nicht klar und eindeutig ist. Lässt sich eine Abfindungsklausel nicht dahin auslegen, dass die für die Berechnung der Abfindungshöhe anzuwendende sog. Sterbetafel und der maßgebende Abzinsungssatz ausreichend sicher bestimmt sind, ist die Pensionsrückstellung unter dem Gesichtspunkt eines schädlichen Vorbehalts (§ 6a Abs. 1 Nr. 2 EStG) steuerrechtlich nicht anzuerkennen.

➤ mehr in LEXinform 0951665 | Körperschaftsteuer



Anzahlung auf ein Blockheizkraftwerk

Bundesfinanzhof, V-R-9/19, Urteil vom 17.07.2019

1. Für den Vorsteuerabzug aus einer Anzahlung kommt es darauf an, dass der Gegenstand der späteren Lieferung aus Sicht des Anzahlenden genau bestimmt ist und die Lieferung daher aus seiner Sicht sicher erscheint.
2. Es ist unionsrechtskonform, dass die Berichtigung des Vorsteuerabzugs gemäß § 17 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 1 Satz 2 UStG eine Rückzahlung voraussetzt.

➤ mehr in LEXinform 0952271 | Umsatzsteuer



Finanzgerichte

Zulässigkeit einer Klage gegen einen Einkommensteuer-"Nullbescheid"

Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht, 4-K-187/18, Mitteilung vom 30.09.2019

Das FG Schleswig-Holstein hat Stellung zu verschiedenen Fragen zum Verlustabzug nach § 10d EStG genommen.

➤ mehr in LEXinform 0450369 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Begünstigte Übertragung gem. § 6 Abs. 3 EStG nur dann, wenn auch funktional wesentliches Sonderbetriebsvermögen mit übertragen wird

Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht, 4-K-83/16, Mitteilung vom 30.09.2019

Das FG Schleswig-Holstein entschied, dass bei einer Übertragung eines Mitunternehmeranteils unter Zurückbehaltung funktional wesentlichen Sonderbetriebsvermögens eine Aufdeckung der stillen Reserven - einschließlich derer im Firmenwert - zu erfolgen hat.

> mehr in LEXinform 0450370 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



DBA Zypern: Einkünfte eines unbeschränkt Steuerpflichtigen aus nichtselbständiger Tätigkeit an Bord eines Seeschiffes

Finanzgericht Hamburg, 6-K-206/18, Mitteilung vom 01.10.2019

Das FG Hamburg hat sich mit der Frage befasst, ob Einkünfte eines unbeschränkt Steuerpflichtigen aus nichtselbständiger Tätigkeit an Bord eines Seeschiffes, der Besteuerung in Deutschland unterliegen, wenn der Arbeitgeber des Steuerpflichtigen seinen Sitz auf Zypern hat.

> mehr in LEXinform 0450372 | Internationales Steuerrecht



Betriebsbereiche "Abfallverbrennung" und "Energieerzeugung" einer Müllverbrennungsanlage als grundsätzlich eigenständige BgA

Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht, 1-K-116/13, Mitteilung vom 30.09.2019

Das FG Schleswig-Holstein hatte darüber zu entscheiden, ob die Betriebsbereiche "Abfallverbrennung" und "Energieerzeugung" einer in der Rechtsform einer GmbH Co. KG organisierten Müllverbrennungsanlage (MVA), an der eine Stadt als Kommanditistin beteiligt war, im Streitjahr 2006 als jeweils eigenständige BgA anzusehen waren und inwiefern diese ggf. miteinander, aber auch - insgesamt oder jeweils einzeln - mit von der Stadt unterhaltenen Verkehrs-/Versorgungs-BgA im sog. steuerlichen Querverbund zusammengefasst werden konnten.

> mehr in LEXinform 0450366 | Körperschaftsteuer



Keine quasi voraussetzungslose "Organschaft über die Grenze"

Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht, 1-K-218/15, Mitteilung vom 30.09.2019

Das FG Schleswig-Holstein hatte sich mit der Frage auseinanderzusetzen, unter welchen Voraussetzungen im EU-Raum eine Verlustverrechnung zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft "über die Grenze" hinweg erfolgen kann.

> mehr in LEXinform 0450368 | Körperschaftsteuer



Ermessensausübung bei der Inanspruchnahme mehrerer Geschäftsführer als Haftungsschuldner

Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht, 1-K-42/16, Mitteilung vom 30.09.2019

Das FG Schleswig-Holstein hat erkannt, dass es regelmäßig ermessenswidrig ist, einige von mehreren Geschäftsführern wegen derselben haftungsbegründenden Pflichtverletzung in weiterem Umfang in Haftung zu nehmen, wenn zugleich die Haftung anderer auf eine niedrigere Haftungsquote beschränkt wird.

➤ mehr in [LEXinform 0450367](#) | **Steuerliches Verfahrensrecht**



Aufrechterhaltung eines Insolvenzantrags trotz vollständigen Ausgleichs der Steuerforderungen

Finanzgericht Hamburg, 2-V-121/19, Mitteilung vom 01.10.2019

Das FG Hamburg hat im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes das Finanzamt im Wege der einstweiligen Anordnung zur Rücknahme eines Antrages auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens verpflichtet. Die Besonderheit des Verfahrens lag darin, dass der Steuerpflichtige nach Stellung des Insolvenzantrages beim Amtsgericht zunächst einen Teil und später sämtliche Steuerforderungen des Finanzamtes ausgeglichen hatte.

➤ mehr in [LEXinform 0450373](#) | **Steuerliches Verfahrensrecht**



Finanzverwaltung

Standardisierte Einnahmenüberschussrechnung nach § 60 Absatz 4 EStDV; Anlage EÜR 2019

Bundesministerium der Finanzen, IV C 6 - S-2142 / 19 / 10001 :010, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 27.09.2019

Das BMF gibt die Vordrucke der Anlage EÜR sowie die Vordrucke für die Sonder- und Ergänzungsrechnungen für Mitunternehmerschaften und die dazugehörigen Anleitungen für das Jahr 2019 bekannt.

➤ mehr in [LEXinform 5236948](#) | **Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Bekanntmachung der Vordruckmuster VermB 12 und VermB 13, der Datensatzbeschreibung für die Zuleitung durch Datenfernübertragung sowie der Verfahrensbeschreibung für die Auszahlung der Arbeitnehmer-Sparzulage

Bundesministerium der Finanzen, IV C 5 - S-2439 / 19 / 10002, Schreiben vom 23.09.2019

Das BMF hat die Vordruckmuster für Anzeigen nach § 8 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 VermBDV (VermB 12) und nach § 8 Absatz 1 Nummer 4 bis 6 VermBDV (VermB 13), die Datensatzbeschreibung für die Zuleitung der entsprechenden Anzeigen nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung (§ 8 Absatz 3 VermBDV) sowie die Verfahrensbeschreibung für die Auszahlung der Arbeitnehmer-Sparzulage bekannt gemacht.

➤ mehr in [LEXinform 5236947](#) | **Steuerliche Förderungsgesetze**



Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEAO)

Bundesministerium der Finanzen, IV A 3 - S-0062 / 19 / 10009 :001, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 27.09.2019

Das BMF hat den Anwendungserlass zur Abgabenordnung vom 31. Januar 2014, der zuletzt durch das BMF-Schreiben vom 17. Juni 2019 geändert worden ist, mit sofortiger Wirkung geändert.

➤ mehr in LEXinform 5236950 | Steuerliches Verfahrensrecht



Muster der Vordrucke im Umsatzsteuer-Voranmeldungs- und Vorauszahlungsverfahren für das Kalenderjahr 2020

Bundesministerium der Finanzen, III C 3 - S-7344 / 19 / 10001 :001, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 30.09.2019

Das BMF gibt die Muster der Vordrucke im Umsatzsteuer-Voranmeldungs- und -Vorauszahlungsverfahren für das Kalenderjahr 2020 bekannt.

➤ mehr in LEXinform 5236951 | Umsatzsteuer



Weitere Meldungen

Grenzgängerregelung bei einer 200 km entfernten Tätigkeit

Deubner Verlag, Anmerkung vom 01.10.2019

Kann eine tägliche Heimreise nicht zugemutet werden, so liegt keine Grenzgängereigenschaft vor und eine Besteuerung in Deutschland scheidet aus.

➤ mehr in LEXinform 0653673 | Internationales Steuerrecht



Recht

Arbeit und Soziales

"Mobbing" wegen ostdeutscher Herkunft

Arbeitsgericht Berlin, 44-Ca-8580/18, Pressemitteilung vom 02.10.2019

Die Herabwürdigung eines Mitarbeiters wegen seiner ostdeutschen Herkunft stellt keine Benachteiligung im Sinne des § 1 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wegen der ethnischen Herkunft oder Weltanschauung dar. Dies hat das ArbG Berlin entschieden.

➤ mehr in LEXinform 0450382 | Arbeitsrecht



Fachgerichtliche Rechtsprechung zum Verständnis steuerrechtlicher Fachbegriffe in Tarifverträgen

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg, 17-Sa-47/18, Urteil vom 14.02.2019

Zwar gelten steuerrechtliche Fachbegriffe in Tarifverträgen grundsätzlich mit dem Inhalt, den sie im Zeitpunkt der Tarifierung nach Maßgabe der höchstrichterlichen fachgerichtlichen Rechtsprechung haben. Verweist jedoch der Tarifvertrag zwar hinsichtlich der Begriffsdefinition eines "Dienstgangs" statisch auf eine durch Änderungen im Einkommensteuerrecht überholte Lohnsteuerrichtlinie (hier LStR 1990), nicht aber hinsichtlich der Begriffsdefinition "regelmäßige Arbeitsstätte", ist letzterer Begriff, wie in der durch die Rechtsprechung der Finanzgerichte ermittelten Auslegung zu verstehen. Dies gilt auch dann, wenn wegen einer Gesetzänderung im Einkommensteuerrecht zum 1. Januar 2014 für die Berücksichtigung von Verpflegungsmehraufwand nicht mehr an den steuerrechtlichen Begriff der "regelmäßigen Arbeitsstätte", sondern an den Begriff der "ersten Tätigkeitsstätte" angeknüpft wird.

➤ [mehr in LEXinform 4213442 | Arbeitsrecht](#)



Zivilrecht

Geblixt: Messungen auch ohne gespeicherte Messdaten gerichtsverwertbar

Oberlandesgericht Oldenburg, 2-Ss-Owi-233/19, Pressemitteilung vom 02.10.2019

Das OLG Oldenburg hat entschieden, dass Blitzer-Messungen mit Geräten, bei denen die Messdaten nicht gespeichert werden, grundsätzlich nach wie vor verwertbar sind.

➤ [mehr in LEXinform 0450381 | Verkehrsrecht](#)



Wirtschaft

Branchen

Bleiben Sie auf dem Laufenden mit den LEXinform Branchen-RSS-Feeds

DATEV Redaktion LEXinform, Übersicht vom 30.09.2019

Mit den LEXinform-Branche-RSS-Feeds werden Sie immer informiert, sobald neue Informationen zu einer für Sie wichtigen Branche in LEXinform vorliegen. Abonnieren Sie einfach einen oder mehrere der kostenfreien Feeds

➤ [mehr in LEXinform 2209000](#)



Personal

Vergütung nach Regionen - Eine empirische Untersuchung zum Zusammenhang von Region und Gehalt in Deutschland

DATEV Redaktion LEXinform, Pressemitteilung vom 01.10.2019

Laut der diesjährigen Auswertung des Vergleichsportals Gehalt.de, Gehaltsvergleich.com und Compensation Partner (Gehaltsspiegel) verdienen im Osten Beschäftigte noch immer rund 23,9 Prozent weniger als im Westen

Deutschlands. Der Vergütungsatlas 2019 zeigt auf 34 Seiten Vergütungsdaten nach Bundesländern, Städten, Unternehmensgrößen, Branchen usw. Basis dieser Erhebung bildeten 492.171 Vergütungsdaten von Fach- und Führungskräften in allen 16 Bundesländern.

> mehr in LEXinform 2094229



Fragen und Kommentare

DATEV-Mitgliedern ist es gestattet, den LEXinform-Newsletter in unveränderter Form auf ihrer Kanzlei-Homepage zu veröffentlichen.

Die Newsletter-Ausgaben finden Sie auch in LEXinform. Produkthinweis: Nutzen Sie auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift "LEXinform aktuell (E-Paper)" oder "LEXinform aktuell (Print)" mit aktueller Rechtsprechung, Gesetzgebung, Verwaltungsanweisungen und Mehrwerten wie BFH-Kommentierungen, Praxisbeiträgen und Sonder-Rubriken (Lohn/Personal, Immobilien im Steuerrecht, Rechnungswesen, GmbH-Beratung und Für Kanzlei-Mitarbeiter). Weitere Informationen zu unseren Produkten und Leistungen finden Sie hier.

Wenn Sie uns eine E-Mail schicken wollen, nutzen Sie entweder die "Antworten"-Funktion Ihres Mail-Programms oder senden Sie Ihre Nachricht an: lexinform@service.datev.de.

Bestellen/abbestellen

Falls Sie den LEXinform-Newsletter für den Public Sector weitergeleitet bekommen haben und in Zukunft ebenfalls erhalten möchten, können Sie ihn hier kostenlos bestellen.

Hier können Sie den Newsletter abbestellen oder Ihre persönlichen Daten ändern.

Verantwortlich: Tina Schulz

[Datenschutz](#) | [Impressum](#) © DATEV eG

Signatur

Diese E-Mail wurde mit einem Zertifikat der DATEV eG signiert. Damit können Sie sicher sein, dass die Nachricht so von uns gesendet wurde. Wenn Sie eine Meldung erhalten, dass die Signatur ungültig ist oder nicht geprüft werden kann, fehlt das Zertifikat zu dieser Signatur auf Ihrem Rechner. Informationen zu Zertifikaten und zur digitalen Signatur finden Sie unter www.datev.de/zertifikate im Internet.

Datenschutz

Informationen zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten bei DATEV finden Sie unter www.datev.de/dsgvo-information.

DATEV eG
90329 Nürnberg
Telefon: +49 911 319-0
E-Mail: info@datev.de
Internet: www.datev.de

Sitz: 90429 Nürnberg, Paumgartnerstraße 6-14

Registergericht Nürnberg, GenReg Nr. 70

USt-IdNr. DE 133546770

Vorstand

Dr. Robert Mayr (Vorsitzender)

Eckhard Schwarzer (stellv. Vorsitzender)

Julia Bangerth

Prof. Dr. Peter Krug

Diana Windmeißer

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Nicolas Hofmann